



## **PRESSE-INFORMATION, 11. SEPTEMBER 2013**

### ***NS-Ausstellung in der Gedenkstätte Lindenstraße wird eröffnet „Rassenhygiene“ und Terror-Justiz. Die Potsdamer Lindenstraße im Nationalsozialismus***

Am 12. September 2013 wird die Ausstellung zur Zeit des Nationalsozialismus in der Gedenkstätte Lindenstraße eröffnet. Die Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert erinnert am authentischen Ort an die Opfer der NS-Diktatur, der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED-Diktatur, die in den verschiedenen Herrschaftssystemen von einer politischen Willkürjustiz verfolgt, zu hohen Haftstrafen verurteilt oder hingerichtet wurden. Mit dem Ausstellungsmodul zur NS-Zeit werden die in der Gedenkstätte bereits umgesetzten Dokumentationsbereiche zu einer Gesamtausstellung vervollständigt.

Die Ausstellung für die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur stellt die Geschichte des Haft- und Gerichtsorts Lindenstraße 54/55 von 1933-1945 sowie seinen unmittelbaren Kontext der Rassenideologie und der politischen Strafjustiz des NS-Regimes dar, wobei der Ort unter drei Gesichtspunkten mit der NS-Diktatur in Zusammenhang steht: als Sitz des Potsdamer Erbgesundheitsgerichts, als Handlungsort ideologischer Strafjustiz durch das Amts- bzw. Landgericht sowie, in den letzten Jahren des Zweiten Weltkriegs, als Haftort für die in Potsdam tagenden Senate des Volksgerichtshofs.

Eingehend werden zum einen exemplarische Schicksale von Frauen, Männern und Jugendlichen dokumentiert, die am Gerichts- und Haftort Lindenstraße 54/55 während der NS-Zeit verfolgt, verurteilt und inhaftiert wurden. Als von der NS-Rassenhygiene Betroffene, als Angeklagte des Amts- und Landgerichts Potsdam oder als Beschuldigte vor dem Volksgerichtshof wurden sie Opfer sozialrassistisch-biologischer Fahndung und politischer Justiz im Nationalsozialismus. Ihre Schicksale verdeutlichen die verschiedenen Formen der ideologisierten (straf-)rechtlichen Verfolgung durch das NS-Regime. Die Darstellung ihrer individuellen Werdegänge und Verfolgungszusammenhänge ermöglicht ein würdiges Gedenken.

Zum anderen stellt die Ausstellung die verschiedenen Formen der hier praktizierten Verfolgung – durch das Erbgesundheitsgericht, durch politische Justiz der regulären Gerichtsinstanzen (Amts- und Landgericht) sowie durch die Sondergerichtsbarkeit des Volksgerichtshofes – in ihren Kontexten dar. Damit werden die Mechanismen des nationalsozialistischen Herrschafts- und Repressionssystems nachvollziehbar.

#### ***Die Ausstellung ist in sechs Bereiche gegliedert:***

***Der einleitende Ausstellungsbereich*** eröffnet Perspektiven auf den lokalen Kontext der Lindenstraße 54/55 im Nationalsozialismus, indem strukturelle Koordinaten der Stadt Potsdam sowie ihre Position innerhalb der nationalsozialistischen Herrschaftstopographie gezeigt werden.

**Der zweite Ausstellungsbereich** dokumentiert den Gerichtsort Lindenstraße als Sitz des Potsdamer Erbgesundheitsgerichts: Er beschreibt die rassenhygienische Verfolgungspraxis des „Dritten Reichs“ sowie deren lokale Umsetzung. Das Erbgesundheitsgericht in Potsdam ordnete die Zwangssterilisation von mindestens 3.300 Menschen an. Die Schicksale von zwangssterilisierten Frauen, Männer und Jugendlichen werden eingehend dargestellt. Die Ausstellung lenkt den Blick aber auch auf die verantwortlichen Ärzte und Richter.

**Der dritte Ausstellungsbereich** leitet von der Funktion des Gerichtsorts als Erbgesundheitsgericht zu dessen Verknüpfung mit der „regulären“ Strafjustiz über, da die Lindenstraße zum einen Tagungsort der Strafabteilung des Potsdamer Amtsgerichts, zum anderen Haftort für Untersuchungshäftlinge des Amts- und Landgerichts war. Es wird gezeigt, mit welchen Mitteln und in welchen Phasen die radikale Neuausrichtung der Justiz im Nationalsozialismus erfolgte und welche Formen von Verfolgung durch politische Justiz es in Potsdam gab.

**Der vierte Ausstellungsbereich** schließt direkt daran an und dokumentiert anhand einzelner Opferbiographien die Verfolgten politischer Justiz durch das Potsdamer Amts- bzw. Landgericht sowie die jeweiligen Umstände, die zu ihrer Verurteilung und/oder Inhaftierung führten. Die Opfer und ihre exemplarisch dargestellten Verfolgungsschicksale sind dabei zentral. Der Bereich bietet gleichzeitig Einblicke in den Kontext der jeweiligen Verfolgungssituation, so z. B. der Diskriminierung von Juden und Zwangsarbeitern in Potsdam.

**Der fünfte Ausstellungsbereich** widmet sich der Verurteilungspraxis des seit 1943 teilweise, ab Februar 1945 gänzlich in Potsdam tagenden Volksgerichtshofs. Bei der Herausarbeitung des Volksgerichtshofs als zentraler Instanz der politischen NS-Justiz, seiner Institutionalisierung, Entwicklung und Akteure werden die in Potsdam durchgeführten und mit dem Haftort Lindenstraße 54/55 verbundenen Prozesse im Vordergrund stehen. Mindestens 55 Widerstandskämpfer wurden vom Volksgerichtshof in Potsdam zum Tod verurteilt, 51 von ihnen im Zuchthaus Brandenburg-Görden bzw. im Gefängnis Berlin-Plötzensee hingerichtet.

**Der sechste Ausstellungsbereich** zeigt die vom Volksgerichtshof in Potsdam Verfolgten im Kontext der Widerstandsorganisationen, in denen sie jeweils aktiv waren: Dargestellt werden die Organisation um Anton Saefkow, Franz Jacob und Bernhard Bästlein, die Antinazistische Deutsche Volksfront, die Gemeinschaft für Frieden und Aufbau sowie die Gruppe um Robert Uhrig und Josef Römer, zu der auch der Leistungssportler Werner Seelebinder gehörte. Der Ringer wurde für seine Widerstandsarbeit vom Volksgerichtshof in Potsdam zum Tod verurteilt und war bis kurz vor seiner Hinrichtung im Zuchthaus Brandenburg-Görden in der Lindenstraße inhaftiert. Der Ausstellungsbereich veranschaulicht die Formen von Opposition und Aufbegehren gegen das NS-Regime und dokumentiert die Biographien ausgewählter Widerstandskämpfer, ihre Motive sowie ihre Verfolgung. Ein Ausblick vermittelt schließlich, wie nach 1945 in Ost und West an den Widerstand gegen die NS-Diktatur erinnert wurde.

Die Gestaltung der Ausstellung erfolgte durch das Potsdamer Designbüro freybeuter. Die Kontexttafeln in Form stählerner Fahnen nehmen die Formensprache der NS-Propaganda auf und verweisen auf den totalitären Machtanspruch des NS-Regimes. Die Opferschicksale werden demgegenüber wie in den anderen Ausstellungsbereichen auf einer weißen, an Marmor orientierten Materialität dargestellt. Wechsel und Kontrast von kontextuellen Übersichten und biographisch veranschaulichten Schicksalen sind damit wie bisher bestimmendes Prinzip der Dauerausstellung in der Gedenkstätte Lindenstraße.

Die „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ ist der einzige authentische Gedenk- und Erinnerungsort im Land Brandenburg und in der Bundesrepublik, der mit dem Nationalsozialismus, der SBZ und der DDR sowohl die Geschichte der beiden aufeinander folgenden, unterschiedlichen Diktaturen in Deutschland als auch die Überwindung der SED-Diktatur in der friedlichen Revolution des Jahres 1989/90 widerspiegelt.

Der Aufbau der Dauerausstellung orientiert sich an den fünf Zeitschichten der Geschichte des Ortes. Die Ausstellungsteile zu „1734-1933: Vorgeschichte“, sowie zu den Epochen nach dem Zweiten Weltkrieg (SMT und sowjetisches Geheimdienstgefängnis, Untersuchungshaftanstalt des MfS, friedliche Revolution) wurden in den Jahren 2007 bis 2010 fertig gestellt. Hinzu trat im Jahr 2011 ein Teilmodul zum Thema „Republikflucht“ als Haftgrund im Rahmen der Ausstellung zur MfS-Untersuchungshaftanstalt.

Mit der Eröffnung der Ausstellung über den Potsdamer Gerichts- und Haftort in der Zeit des Nationalsozialismus wird die Dauerausstellung im September 2013 vervollständigt.

Die Ausstellung ist ein Kooperationsprojekt der Landeshauptstadt Potsdam – Gedenkstätte Lindenstraße und des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam.

**Projektleitung:** ***Gabriele Schnell (Gedenkstätte Lindenstraße)***  
***Thomas Schaarschmidt/Hans-Hermann Hertle (ZZF Potsdam)***

**Wiss. Bearbeitung:** ***Annemone Christians***

**Gestaltung:** ***Stefan Charné, Inga Falkenberg, Björn Gripinski***  
***(Designbüro freybeuter, Potsdam)***

*Gefördert durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg*